

Mitmanipuliert

Facebook verkaufte Millionen Profile, ohne Missbrauch sicher auszuschließen. **Seiten 4 und 6**



Bedrohlicher Mangel

In Brasilia trifft sich erstmals das Alternative Wasserforum. **Seite 17**

Foto: fotolia/stockphoto-graf

Relikt aus der Zukunft

Warum der Dichter Peter Hacks uns fremd bleiben muss. **Seite 14**

Foto: wikimedia/Bundesarchiv (CC-BY-SA 3.0)



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 21. März 2018

73. Jahrgang/Nr. 68

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Drei Weise für Chinas Zukunft

Alexander Isele über den Abschluss des Nationalen Volkskongresses

Das größte Parlament der Welt hat getagt, Präsident Xi Jinping bekam seine Wünsche erfüllt. Mit den »drei Weisen«, wie sie genannt werden, hat Xi engste Vertraute, die er teilweise schon aus Jugendtagen kennt, auf wichtige Posten gehoben. Liu He als Vizepremier und Yi Gang als Leiter der chinesischen Zentralbank stehen für die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges wirtschaftlicher Reformen. Und Wang Qishan als Vizepräsident ist ein Garant für das Fortbestehen der Anti-Korruptionskampagne, die Xi mit seiner Amtsübernahme 2012 einleitete. Die drei sind auch im Westen angesehene Wirtschaftsexperten mit guten Beziehungen zur Wall Street, denen zugetraut wird, Chinas steigende Schulden und die systemischen Risiken einer semi-staatlich gelenkten Wirtschaft zu managen. Viele der halbstaatlichen Unternehmen können nur durch staatliche Subventionen überleben. Die Notwendigkeit weiterer wirtschaftlicher Reformen ist den drei Weisen bewusst.

Dass die nicht ohne Widerstände von Parteikadern und manch korrupten Beamten durchzusetzen sind, ist klar. Darin könnte auch einer der Gründe liegen, weshalb Xi sich den Weg zu einer dritten Amtszeit als Präsident freimachen ließ. Machttechnisch war die nicht unbedingt notwendig, die Posten des Parteichefs und des Armeechefs – wesentlich bedeutsamer als der des Präsidenten – unterlagen keiner Amtszeitbegrenzung. In der Entscheidung könnte vielmehr eine symbolische Nachricht an die parteiinternen Kritiker stecken: Widerstand ist zwecklos.

UNTEN LINKS

Die Angst, im nicht zu bewältigenden Berg unverlangt eingesandter Manuskripte einen potenziellen Bestseller zu übersehen, plagt viele Verlage. Doch damit ist nun Schluss. Ein Hamburger Start-up hat auf der Leipziger Buchmesse eine Software vorgestellt, die das Erfolgspotenzial eines Textes binnen Sekunden analysiert. Algorithmen scannen das Skript nach thematischen und stilistischen Kriterien und ermitteln durch den Abgleich mit den Daten bereits existierender Bestseller den zu erwartenden Verkaufs-Score. Nicht nur Verlage, auch die Leser dürfen begeistert sein: Welche Lektüre ihnen gefallen wird, müssen sie nicht mehr durch lästiges und zeitraubendes Risikolesen herausfinden – es steht vorher schon fest. Das Beste aber ist die Aussicht, dass sich die Zahl der zu lesenden Bücher erheblich reduziert, sobald die Software den perfekten Titel ermittelt hat. Der Superlativ, der im Wort Bestseller steckt, verrät es ja schon: Es kann nur einen geben. *mha*

ISSN 0323-3375



Zuwanderungszweifel

Sahra Wagenknecht: LINKE sollte Idealisierung der Arbeitsmigration beenden



Foto: Reuters/Hannibal Hanschke

Berlin. Sahra Wagenknecht, Fraktionschefin der LINKEN im Bundestag, kritisiert die eigene Parteispitze. »Eine Partei, in der es ständig Streit und interne Reibereien gibt, wird nicht gut geführt«, sagt Wagenknecht im nd-Interview. Die Spannungen zwischen dem Führungspersonal der Bundestagsfraktion und der Bundespartei liegen spätestens seit jener Klausur in Potsdam nach der Bundestagswahl offen zutage, als Sahra Wagenknecht den Machtkampf, der über die Kompetenzen in der neuen Bundestagsfraktion entbrannt war, mit einer Rücktrittsdrohung entschied. Der Konflikt ist bis heute nicht ausgeräumt, auch wenn

der Machtkampf in der Fraktion entschieden ist und die alleinige Führung durch die Doppelspitze von Wagenknecht und Dietmar Bartsch bestätigt wurde.

Jene Reibereien, von denen Wagenknecht spricht, sind in Meinungsunterschieden begründet, die zum Beispiel in der Flüchtlingsfrage aufscheinen und mit Rassismuskorrekturen einhergehen. Befeuert werden sie von der linken Sammlungsbewegung, die Wagenknecht gemeinsam mit ihrem Ehemann Oskar Lafontaine angekündigt hat, Mitbegründer der LINKEN und jetzt Fraktionschef im saarländischen Landtag. Im Juni findet der nächste

Bundesparteitag der LINKEN statt – Wagenknecht plädiert für eine sachliche Debatte dort, »ohne die diffamierende Unterstellung, da wolle jemand die AfD kopieren«. Diesem Vorwurf sieht sich Wagenknecht immer wieder ausgesetzt. Auch deshalb, weil sie der Linie offener Grenzen für alle widerspricht, wie sie im Programm der Linkspartei festgehalten ist. Man müsse das Recht auf Asyl für Verfolgte verteidigen, »aber wir sollten aufhören, Arbeitsmigration zu idealisieren«, sagt Wagenknecht hierzu im Interview. Diese schade den Herkunftsländern und erhöhe den Lohndruck in Deutschland. *uka* **Seiten 2 und 3**

Xi Jinping warnt vor Spaltung

In China endet der Nationale Volkskongress mit einer scharfen Rede des Präsidenten

Chinas im Amt bestätigter Präsident Xi Jinping bekräftigt den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei. An die USA gerichtet bekräftigt Xi das Festhalten am »Ein-China-Prinzip«.

Von Alexander Isele

Mit einer von nationalistischen Tönen geprägten Rede hat Chinas Präsident Xi Jinping die Sitzung des Nationalen Volkskongresses beendet. Vor fast 3000 Abgeordneten warnte Xi am Dienstag in Peking vor Versuchen, das Land zu spalten. Der Präsident betonte, die Volksrepublik sei bereit, ihren Platz in der Weltordnung energisch zu verteidigen: »Wir geloben einen blutigen Kampf gegen unsere Feinde«, sagte Xi. Alle Handlungen und Tricks, das Land zu spalten, seien zum Scheitern verurteilt.

Xi bekräftigte, dass Peking sein »Ein-China-Prinzip« verteidigen werde. Der Präsident reagierte

damit auf ein Gesetz, das US-Präsident Donald Trump Ende vergangener Woche unterzeichnete und das Reisen hochrangiger US-Regierungsvertreter nach Taiwan erlaubt. China betrachtet Taiwan nicht als eigenständigen Staat, sondern als Teil seines Staatsgebietes. Das Außenministerium hatte die USA zuvor aufgefordert, den »Fehler« zurückzunehmen.

Xi bekräftigte in seiner Rede auch den Machtanspruch der Kommunistischen Partei. »Die Geschichte hat immer bewiesen und wird weiterhin beweisen, dass nur der Sozialismus China retten kann«, sagte Xi. Die KP sei die oberste politische Führung des Landes. Zugleich sei die Partei die Garantie, um die große Verjüngung der chinesischen Nation zu verwirklichen, die er als »der größte Traum des chinesischen Volkes« bezeichnete.

Xi, der am Wochenende von den Abgeordneten des Volkskongresses einstimmig im Amt des

Staatschefs und des Vorsitzenden der mächtigen Militärkommission bestätigt wurde, gilt als der mächtigste Politiker in der Volksrepublik seit Jahrzehnten. Zuvor hatte das Parlament die Begrenzung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf zwei Mandate aufgehoben, so dass Xi auch nach dieser Amtszeit Präsident bleiben könnte.

Xis erste Amtszeit war auch von einem verschärften Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung geprägt. So wurden vermehrt Aktivisten und Rechtsanwälte festgenommen. Gleichzeitig initiierte Xi einen Kampf gegen die Korruption. 1,5 Millionen Mitglieder der Kommunistischen Partei wurden seither bestraft. Nun wird die Kampagne ausgeweitet. Der Volkskongress beschloss die Einrichtung einer neuen Anti-Korruptions-Behörde, die den gesamten öffentlichen Dienst durchleuchten soll. Mit Wang Qishan wurde der für die Anti-Korruptions-Kampagne zuständige Funktionär und enge

Vertraute von Xi zum Vizepräsidenten gewählt.

Im Handelsstreit mit den USA rief Chinas wiedergewählter Regierungschef Li Keqiang Washington zur Zurückhaltung auf. »Wir hoffen, dass beide Seiten Vernunft walten lassen, nicht emotional handeln und einen Handelskrieg vermeiden«, sagte Li. Aus einem Handelskrieg werde »niemand als Gewinner hervorgehen«. *Mit Agenturen*

Lesen Sie heute im Ratgeber

Rentner will unbefristet weiterarbeiten

Mietverhältnis beendet – dann nicht kündbar

EuGH-Urteil stärkt Rechte der Fluggäste

EU-Rechnungshof gegen ÖPP-Projekte

Kontrolleure kritisieren mangelnde Transparenz und Unwirtschaftlichkeit

Berlin. Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) mit EU-Kofinanzierung sind nach Einschätzung des Europäischen Rechnungshofs keine wirtschaftlich tragfähige Option zur Verwirklichung öffentlicher Infrastrukturvorhaben. Die geprüften ÖPP hätten weit verbreitete Defizite und nur begrenzte Vorteile aufgewiesen, heißt es in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht der Finanzkontrolleure. Verzögerungen, beträchtliche Kostensteigerungen, mangelhafte Transparenz und eine unausgewogene Risikoverteilung sind einige der Kritikpunkte. Der Rechnungshof wendet sich daher gegen eine intensivere und breitere Nutzung von ÖPP.

Seit den 1990ern wurden in der EU 1749 ÖPP mit einem Gesamtwert von 336 Milliarden Euro umgesetzt, die meisten im Bereich Verkehr. Eine EU-Kofinanzierung ist bisher die Ausnahme, obwohl Brüssel diese seit einigen Jahren bereitstellt. Bei den untersuchten zwölf ÖPP aus vier Ländern wurden laut Bericht 1,5 Milliarden Euro »nicht wirtschaftlich eingesetzt«. *KStE* **Kommentar Seite 4**

Öffentlicher Dienst im Ausstand

Laut ver.di streikten 35 000

Berlin. Die Welle von Warnstreiks im öffentlichen Dienst hat nach Gewerkschaftsangaben am Dienstag mit bundesweit rund 35 000 Streikenden ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Allein im einwohnerstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen beteiligten sich rund 26 000 Beschäftigte an den Protesten, wie die Gewerkschaft ver.di in Berlin mitteilte. Die kommunalen Arbeitgeber kritisierten die Warnstreiks als »Ärgernis und völlig unverhältnismäßig«. Laut ver.di blieben in zahlreichen Ruhrgebietsstädten Bahnen und Busse in den Depots, aber auch in Kitas, Jobcentern und bei der Müllabfuhr traten Beschäftigte zum Teil ganztagig in den Ausstand.

Auch in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Bayern rief ver.di Mitarbeiter des öffentlichen Diensts in den befristeten Ausstand. Die Gewerkschaften fordern für die 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Diensts in Bund und Kommunen sechs Prozent mehr Lohn, mindestens aber 200 Euro pro Monat. *AFP/nd* **Seite 5**

Gerichtshof in Straßburg verurteilt die Türkei

U-Haft zweier Reporter rechtswidrig

Straßburg. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Türkei erstmals wegen der Inhaftierung zweier Journalisten nach dem Putschversuch von 2016 verurteilt. Die Straßburger Richter entschieden am Dienstag in den Fällen von Mehmet Altan und Sahin Alpay, dass ihre Meinungsfreiheit und die Rechte auf Freiheit und Sicherheit durch monatelange Untersuchungshaft verletzt worden seien, und schlossen sich damit der Einschätzung des türkischen Verfassungsgerichts an. Alpay wurde vor wenigen Tagen aus der Haft entlassen und steht unter Hausarrest, der Prozess gegen ihn läuft noch. Altan wurde kürzlich zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Die Urteile des EGMR beziehen sich nur auf die Untersuchungshaft der beiden und wurden jeweils mit sechs gegen eine Stimme gefällt; der türkische EGMR-Richter votierte dagegen. In anderen Beschwerdepunkten, etwa was die Länge eines Verfahrens angeht, bekamen die Journalisten vom EGMR nicht Recht. *Agenturen/nd*